



Hamburger Volksentscheid: Bürger strafen Angriff aufs Gymnasium ab

bpv-Vorsitzender Schmidt sicher: „Bayern würden genauso reagieren“

„Hamburgs Bürger haben in eindrucksvoller Weise den Angriff auf das Gymnasium zurückgeschlagen und einer Verlängerung der Grundschulzeit eine Absage erteilt“, freut sich Max Schmidt, der Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbandes (bpv), über den Ausgang des gestrigen Referendums in der Hansestadt. Der Sieg der Elterninitiative „Wir wollen lernen!“ ist für Schmidt umso eindrucksvoller, weil sich alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien für eine längere Grundschulzeit und die damit verbundene nochmalige Kappung des Gymnasiums eingesetzt hatten. Allein die Hamburger FDP hatte sich mit den Initiatoren des erfolgreichen Volksentscheids gegen die Verlängerung der Grundschulzeit und für die Beibehaltung des Übertritts nach der vierten Klasse eingesetzt. Von allen Parteien kann sie sich als einzige nun als Gewinnerin der gestrigen Abstimmung fühlen.

Mit Blick auf den Freistaat ist sich der bpv-Vorsitzende sicher: „Auch die Bürger im Süden würden sich einen solch unvernünftigen Angriff auf unsere bewährten und höchst erfolgreichen Schulstrukturen nicht gefallen lassen. Wer in Bayern versuchte, eine solche Schulpolitik gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen, müsste gleichfalls mit einer schallenden Ohrfeige durch die Wähler rechnen.“

Ausdrücklich dankte Schmidt dem bayerischen Kultusminister und amtierenden Präsidenten der Kultusministerkonferenz Dr. Spaenle. Dieser hatte sich in den vergangenen Wochen wiederholt höchst kritisch zu den schwarz-grünen Schulplänen in Hamburg geäußert: „Der bayerische Kultusminister hat vollkommen recht: Anstatt Abermillionen für Strukturreformen sinnlos zu verpulvern, sollte das Geld besser ganz konkret in Verbesserungen des Unterrichts und in die Rahmenbedingungen des Lernens fließen. Das nutzt wirklich allen Schülern. Mit dieser mit wissenschaftlichen Erkenntnissen übereinstimmenden Position ist Dr. Spaenle ganz offensichtlich näher am Willen der Bevölkerung in unserem Land, als es die Hamburger Stadtregierung war.“

Für den Inhalt verantwortlich: Peter Missy, Pressesprecher, Tel. 0172/ 848 33 99